

NACH DER FLUCHT. EIN DEUTSCH-FRANZÖSISCHER BLICK AUF MIGRATION

Eine bunt gemischte Gruppe – 20 Menschen zwischen 18 und 69 Jahren, Ehren- und Hauptamtliche aus der Flüchtlingsarbeit, Mitarbeitende von Jugendhilfeeinrichtungen aus Deutschland und Frankreich – machte sich Anfang März 2016 auf den Weg, um sich über die Lage von Flüchtlingen in der in Region Paris, den politischen Umgang mit der Situation in Frankreich und die Erfahrungen von Akteuren der französischen Zivilgesellschaft zu informieren.

Nicht zuerst von der „Flüchtlingskrise“ in Deutschland oder dem Terrorismus in Frankreich zu sprechen sondern eine europäische Perspektive einzunehmen und dabei die Menschen – die Geflüchteten und die, die sie aufnehmen – nicht aus dem Blick zu verlieren: Das waren die Grundgedanken für das deutsch-französische Forum „Nach der Flucht – Après l’arrivée des réfugiés“, das die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt e. V. gemeinsam mit dem Pariser Büro von Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) durchführte. Im Folgenden sollen das Veranstaltungskonzept sowie Schlussfolgerungen für eine humane europäische Flüchtlingspolitik vorgestellt werden.

Im Frühherbst 2015 war der Strom der Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa nicht mehr zu stoppen. Nach jüngsten Schätzungen nahm Deutschland im Jahr 2015 rund 890.000 Flüchtlinge auf.¹ Vor diesem Hintergrund versuchte die deutsche Bundeskanzlerin, eine Umverteilung von Asylsuchenden in Europa zu organisieren. In der Folge einigten sich die EU-Länder auf Aufnahmequoten, umgesetzt wurden diese allerdings nicht. Kann es eine europäische Lösung geben? Und könnten Deutschland und Frankreich bei diesem Thema wieder

Motor der Europäischen Union werden? Ein Blick auf die Geschichte und die heutige Praxis des Umgangs mit Flüchtlingen in beiden Ländern ist die Voraussetzung, um diesen Fragen nachgehen zu können. Multiplikator*innen aus beiden Ländern, die die Arbeit mit Geflüchteten genau kennen, sollten sich dabei durch den Erfahrungsaustausch gegenseitig stärken und bereichern.

Einwanderung – eine lange Geschichte

In Paris sollten – als erster Schritt einer länger angelegten Zusammenarbeit – die Einwanderungserfahrungen in Frankreich erkundet werden. Dazu wurden am ersten Besuchstag Gespräche mit Historiker*innen, Politikwissenschaftler*innen und Aktiven in der Flüchtlingsarbeit geführt, Aufnahme- und Beratungseinrichtungen kontaktiert und ein stark durch Migrant*innen geprägtes Pariser Stadtviertel besucht. Frankreichs Einwanderungsgeschichte begann lange vor dem Jahr 2015 und der so genannten „Flüchtlingskrise“. Die erste größere, allerdings national-französische, Einwanderung verzeichnete Frankreich, nachdem Elsass-Lothringen 1871 an das deutsche Kaiserreich angegliedert worden war. Nach den Vertreibungen und den damit verbundenen Flüchtlingströmen im Ersten Weltkrieg entwickelten sich seit den 1920er Jahren rechtliche Rahmenbedingungen für die Aufnahme von Flüchtlingen, wie Aline Angoustures, Leiterin der Archiv- und Geschichtsabteilung beim „Office Français de Protection des Réfugiés et Apatrides“ (Ofpra)² erläuterte.

890.000

Flüchtlinge nahm Deutschland nach jüngsten Schätzungen im Jahr 2015 auf.



Die nächste große Einwanderungswelle war eng mit dem Ende der französischen Kolonialzeit Mitte des letzten Jahrhunderts verbunden. Im Pariser Stadtviertel „La Goutte d’Or“ beschrieben Vertreter*innen der Nichtregierungsorganisation „Génériques“³, unter welchen Bedingungen Nordafrikaner*innen in Frankreich leben und gelebt haben.⁴ Die vom Staat geförderte Einwanderung ab den 1950er Jahren diente zuallererst der Sicherung von Arbeitskräften für die Industrie. Da die Lebens- und Arbeitsbedingungen schlecht waren, versuchten Migrant*innen sich durch wiederkehrende Proteste, einen Platz in der französischen Gesellschaft zu erkämpfen. Dabei nahm und nimmt der Kampf für die Legalisierung illegal in Frankreich lebender Menschen (sog. Sans-Papiers) einen großen Stellenwert ein.⁵

Die Mehrheit der Migrant*innen ist muslimischen Glaubens beziehungsweise stammt aus Nordafrika und damit aus Gesellschaften, die vom Islam geprägt sind. In der stärker säkularisierten französischen Gesellschaft wird die Sichtbarkeit von Religion ganz anders diskutiert als in Deutschland, wie auch die Debatte über Burkini-Verbote an französischen Stränden im Sommer 2016 verdeutlichte⁶

Die erste Generation der Migrant*innen praktizierte den Islam nicht oder nicht öffentlich. Seit den 1980er Jahren änderte sich das. Die Sichtbarkeit von religiösen Symbolen sei eine große Herausforderung für die französische Gesellschaft, die Religion an sich – auch den Katholizismus der Mehrheitsgesellschaft – immer weiter aus der Öffentlichkeit verbannt habe, erklärten die Vorstandsmitglieder von „Génériques“ beim nordafrikanischen Mittagessen im „Institut des Cultures d’Islam“⁷.

Abgeschlossen wurde der erste Tag durch eine Diskussion mit Catherine Wihtol de Wenden zur Situation von Geflüchteten in Frankreich. Als Politikwissenschaftlerin und Soziologin vertritt sie die Position, dass eine Flüchtlingspolitik nur in einer Öffnung der Grenzen bestehen könne.⁸ Grenzbefestigungen würden Flüchtlinge nicht abschrecken. Die Zahl der Flüchtlinge bliebe demnach gleich, lediglich die Zahl der Menschen, die auf der Flucht sterben würden, wäre höher. Außerdem würden Studien in den USA zeigen, dass sich ausländische Saisonarbeiter*innen vor der Grenzschließung zu Mexiko eher nur wenige Monate in den Staaten aufgehalten hätten. Seit dem Bau des Grenzzaunes würden sie nun permanent in den USA bleiben, da das Risiko zu groß sei, nicht wieder in die USA einreisen zu können. Sie

schlussfolgert daraus, dass offene Grenzen dazu führen könnten, neben der gefahrlosen Einreise einen Anstieg der Rückkehrquote in die Heimatländer zu ermöglichen.

Flüchtlingshilfe in der Praxis

Im Fokus des zweiten Tages stand der Besuch bei Einrichtungen, die aktuell Geflüchtete unterstützen. „La Cimade“ ist eine protestantische Flüchtlingsorganisation, die Ende der 1930er Jahre entstand, um Geflüchtete aus dem besetzten Elsass zu begleiten. Seitdem hat sich die Cimade unentwegt für Geflüchtete eingesetzt. Sie steht ihnen beratend zur Seite und tritt für ihre Rechte ein. Außerdem trägt sie zwei Unterkünfte für Geflüchtete und Asylsuchende in Frankreich, in Massy bei Paris und in Béziers in der Region Languedoc-Roussillon. Im Gespräch berichtete eine Mitarbeiterin, dass die Situation in Béziers zurzeit besonders schwierig sei. Der Ort werde seit den Kommunalwahlen 2014 von einem Bürgermeister regiert, der dem rechtsextremen Front National nahe stehe. Dieser würde versuchen, Geflüchteten den Aufenthalt in der Stadt möglichst schwer zu machen. Sein Ziel sei es, dafür zu sorgen, dass die Migrant*innen die ihnen zugewiesene Unterkunft nicht verlassen.



Außerdem propagiere er unabhängig vom Einzelfall eine schnelle Rückführung in die jeweiligen Heimatländer.

Am Nachmittag gab es einen Besuch bei „Le Kiosque“. In dieser Beratungsstelle werden Geflüchtete bei ihrem Asylverfahren unterstützt. Träger sind „France Terre d’Asile“, die ihre Expertise in der Arbeit mit Geflüchteten einbringt, und „Emmaüs Solidarité“, eine große französische NGO, die Menschen in prekären Lebenssituationen begleitet und sich gegen Armut engagiert. Seit einem neuen Gesetz von 2015 nehmen von NGOs getragene Einrichtungen eine wesentliche Rolle im Asylverfahren ein. Ihre Beratung der Flüchtlinge ist in der Regel eine Voraussetzung für die Antragstellung auf Asyl.

Eine offene Podiumsdiskussion im Goethe-Institut Paris schloss den zweiten Tag ab. Über Erfahrungen und den Umgang mit Geflüchteten in den Kommunen sowie Strategien für eine – idealerweise europäische – Haltung in der Flüchtlingspolitik diskutierten Gérard Sadik („La Cimade“, Verantwortlicher der Kommission „Asyl“), Mohammed Jouni (Mitbegründer des Vereins „Jugendliche ohne Grenzen“, Vorstandsmitglied des Bundesfachverbandes unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, BumF e. V.), Anselm Sprandel (Leiter des Zentralen Koordinierungs-

stabs Flüchtlinge (ZKF) der Stadt Hamburg) und Sylvain Lemoine (Büroleiter von Dominique Versini, Beigeordnete der Bürgermeisterin von Paris, verantwortlich für Solidarität, Familie, Kindheit, Kinderschutz, Kampf gegen Ausgrenzung, Senioren). Moderiert wurde das Gespräch von der Pariser WDR-Korrespondentin Barbara Kostolnik. Die Diskussion wurde in der deutsch-französischen Community in Paris mit großem Interesse aufgenommen. Ansässige Redakteure deutscher Zeitungen und die Generalsekretärin des deutsch-französischen Jugendwerks nahmen teil.

Vom „Plan zur Mobilisierung der Kommune Paris zur Aufnahme von Flüchtlingen“⁹ berichteten am dritten Tag drei Mitarbeiter*innen der Stadtverwaltung. Obwohl nach französischem Recht der Nationalstaat für die Aufnahme von Flüchtlingen zuständig ist, hat die Stadt Paris eine Reihe von Notunterkünften zur Verfügung gestellt. Dabei zeigt sich, dass es sich in den reicheren Vierteln von Paris schwieriger gestaltet, Flüchtlingsunterkünfte zu errichten als in ärmeren Bezirken, die in der Regel ohnehin von einer stärkeren sozialen und kulturellen Mischung der Bevölkerung geprägt sind. Ein wesentliches Planziel ist die Durchsetzung der Schulpflicht für alle Kinder unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus.

Während der Veranstaltung in Paris blieb wenig Zeit, auf die deutsche Situation zu schauen oder gar eine europäische Dimension zu entwickeln. Mit den Teilnehmenden wurde deshalb vereinbart, das Forum in Berlin fortzusetzen und dabei auch die europäische Perspektive stärker in den Blick zu nehmen. Die Veranstaltung findet im November 2016 in Berlin statt.

Unterschiedliche Willkommenskulturen in Deutschland und Frankreich

Wie unterschiedlich die Sichtweisen in Deutschland und Frankreich sind, zeigt vielleicht schon die Übersetzung des Projekttitels „Nach der Flucht“ in „Après l’arrivée des réfugiés“.¹⁰ Während im Deutschen die Flucht im Vordergrund steht, wird im Französischen die Ankunft in Frankreich thematisiert. Tatsächlich spielten im Jahr 2015 bei den öffentlichen Debatten in Deutschland die Not der Menschen auf der Flucht und die Fluchtgründe eine große Rolle. In Frankreich hingegen wurde eher die Frage diskutiert, ob die Gesellschaft weitere große Migrationsströme bewältigen könne. Während Geflüchtete in Deutschland anfänglich von freudigen Menschenmassen begrüßt wurden, schien das französische Ziel eher in deren möglichst reibungsloser Weiterreise nach Großbritannien zu liegen.

Betrachtet man Frankreich und Deutschland aus einer europäischen Perspektive, wird schnell deutlich, dass sich die rechtlichen Rahmenbedingungen wenig unterscheiden. Beide Länder sind geprägt durch die Erfahrungen der beiden Weltkriege und der danach geschaffenen Schutzrechte für Menschen, die gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen. Dabei lässt sich auch eine Entwicklung von der Verpflichtung zum Schutz bestimmter Volksgruppen in Not zum individuellen Asylrecht beobachten. Als völkerrechtlich verbindliche Grundlage dient beiden Ländern die Genfer Flüchtlingskonvention.

Gleichzeitig unterscheiden sich die jeweiligen historischen Erfahrungen signifikant. Frankreich unterliegt seit den 50er Jahren einer Zuwanderung aus den ehemaligen Kolonien, vor allem aus Nordafrika. Eine Besonderheit ist dabei Algerien, das bis zu seiner Unabhängigkeit ein integraler Bestandteil der Französischen Republik war. Christliche und kollaborierende Algerier erhielten die französische Staatsbürgerschaft, während die meisten in Algerien lebenden Muslime Ausländer*innen blieben. Auch in Deutschland gab es aufgrund des Arbeitskräftemangels ab Mitte der 1950er Jahre eine Zuwanderung von Gastarbeitern aus südeuropäischen Ländern, der Türkei und Tunesien. Wie man auch am Begriff „Gastarbeit“ sehen kann, gingen beide Seiten davon aus, dass es sich um eine vorübergehende Arbeitsmigration handelt. Die ökonomische Krise in den 1970er Jahren führte zu einem Anwerbestopp, wobei der Familiennachzug und ein damit verbundener dauerhafter Verbleib der Gastarbeiter in der Bundesrepublik an Bedeutung gewannen.¹¹ Trotz einer vergleichbaren Rechtslage gibt es deutliche Unterschiede in der Praxis des Umgangs mit Geflüchteten, wenn sie das Staatsgebiet erreicht haben. So haben Asylsuchende in Frankreich bis zur offiziellen Einreichung ihres Antrags in den ersten Tagen – manchmal auch nach Wochen und Monaten – keinen Anspruch auf Unterkunft oder Sozialleistungen. Oft leben sie auf der Straße und müssen sich von Essen aus Suppenküchen ernähren.

Ebenso ergeht es Menschen, deren Asylantrag zwar abgelehnt wurde, die jedoch nicht in das Land ihrer Herkunft abgeschoben werden können. Sie werden durch einen staatlichen Brief zu Illegalen (Sans-Papiers). Der Erhalt legaler Aufenthaltstitel in diesen Fällen spielt deshalb in Frankreich eine große Rolle in öffentlichen Diskussionen. In Deutschland werden vergleichbare Personengruppen geduldet. Sie erhalten weiterhin – meist eingeschränkte – Sozialleistungen. Als Ziel staatlicher Politik wird definiert, Wege zu finden, diese Menschen auf rechtsstaatlicher Basis, aber möglichst schnell abschieben zu können.¹²

Dafür scheint die Schulpflicht in Frankreich eine größere Rolle zu spielen. Während es in Deutschland oft Monate dauert, bis geflüchtete Kinder und Jugendliche eine Schule besuchen können, wird zumindest in Paris angestrebt, dass alle Minderjährigen – auch ohne legalen Aufenthaltsstatus – möglichst sofort Schulunterricht erhalten.

Mit dem deutsch-französischen Forum „Nach der Flucht“ konnte ein Auftakt gesetzt werden, über eine humane europäische Flüchtlingspolitik ins Gespräch zu kommen. Die Multiplikator*innen nehmen die Erkenntnisse zur Migrationsgeschichte und zur aktuellen Situation von Geflüchteten in beiden Ländern mit in ihre Arbeit. Über die Homepages und Social-Media-Kanäle der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e. V. konnte ein Interesse an dem Themenfeld erzeugt werden.¹³

Flucht und Migration sind in den öffentlichen Debatten zurzeit ein Dauerthema. Das Forum machte deutlich, dass es vieler weiterer Begegnungen und politischer Veranstaltungen bedarf, um auf deutsch-französischer und europäischer Ebene ernsthaft nach einer gemeinsamen und humanen Lösung für die Flüchtlingsfrage zu suchen.

1. Vgl. <http://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise/de-maiziere-2015-kamen-890-000-fluechtlinge-14461230.html>, Zugriff: 13.10.2016.
2. Das OFPRA ist mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in der Bundesrepublik vergleichbar. Weitere Informationen online verfügbar: <https://www.ofpra.gouv.fr>, Zugriff: 13.10.2016.
3. Der Verein „Génériques“ wurde 1987 mit dem Ziel gegründet, die Geschichte der Einwanderung in Frankreich und Europa zu erforschen. Als Forschungs- und Kulturinstitution führt der Verein wissenschaftliche und kulturelle Aktivitäten durch. Weitere Informationen auf Französisch online verfügbar: <http://www.generiques.org>, Zugriff: 13.10.2016.
4. In der zweisprachigen Online-Ausstellung „1968 – 1990. Blickwechsel Deutschland-Frankreich. Immigranten in der Arbeiter- und Sozialgeschichte“ zeichnet Generiques anhand von Archivadokumenten die Geschichte von Frauen und Männern nach, die ihr Herkunftsland verlassen haben, um in der deutschen und französischen Industrie zwischen 1968 und 1990 zu arbeiten. Online verfügbar: <https://www.google.com/opengallery/exhibit/rALy3UoHZxvIJA>, Zugriff: 07.04.2016, Zugriff: 13.10.2016.
5. Aktuelle Veranstaltungen zu 20 Jahren Kampf für die Legalisierung von Sans-Papiers im von vielen nordafrikanischen Einwohner*innen bewohnten Pariser Norden. Online verfügbar: <http://www.generiques.org/debats-rencontres-eglise-saint-bernard-1996-2016-20-ans-de-luttes-des-sans-papiers>, Zugriff: 15.08.2016.
6. Im Sommer 2016 haben diverse französische Badeorte Frauen verboten, sich im Burkini, einem Ganzkörper-Badeanzug, am Strand aufzuhalten. Das Verbot in Nizza wurde anschließend vom obersten Verwaltungsgericht aufgehoben, weil Freiheitsrechte nur bei erwiesenen Risiken eingeschränkt werden dürfen. Der französische Innenminister sah anschließend keine Rechtsgrundlage für ein gesetzliches Verbot, da dieses verfassungswidrig sei. Online verfügbar: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-innenminister-bernard-cazeneuve-nennt-burkini-verbot-verfassungswidrig-a-1109843.html>, Zugriff: 20.09.2016.
7. Homepage des Institut des cultures d'Islam. Online verfügbar: <http://www.institut-cultures-islam.org>, Zugriff: 15.08.2016.
8. Vgl. Wihtol de Wenden, Catherine (2014), Faut-il ouvrir les frontières? Gemenne, François „L'Europe a une obligation morale“, Interview mit der Zeitung Libération am 20.08.2016. Online verfügbar: http://www.liberation.fr/planete/2015/08/20/francois-gemenne-l-europe-a-une-obligation-morale_1366660, Zugriff: 20.09.2016.
9. Der „Plan zur Mobilisierung der Kommune Paris zur Aufnahme von Flüchtlingen“ online auf Französisch verfügbar: <https://api-site.paris.fr/images/74784>, Zugriff: 20.09.2016.
10. Der deutsche Titel „Nach der Flucht“ wurde von unserem französischen Partner mit „Après l'arrivée des réfugiés“ (Nach der Ankunft der Flüchtlinge) übersetzt.
11. Ein kurzer, übersichtlicher Überblick über die Geschichte der Arbeitsmigration nach Deutschland online verfügbar: http://www.planetwissen.de/geschichte/deutsche_geschichte/geschichte_der_gastarbeiter/index.html, Zugriff: 20.09.2016.
12. Bundesinnenminister Thomas de Maizière fordert zum Beispiel am 11.08.2016: „Von der ‚klassischen Duldung‘ etwa wegen gesundheitlicher Probleme sollen solche Fälle unterschieden werden, in denen der Betroffene eine Abschiebung absichtlich verhindern durch Identitätstäuschung oder Straftaten.“ Online verfügbar: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article157624935/De-Maiziere-schliesst-Abschiebungen-nach-Syrien-aus.html>, Zugriff: 15.08.2016.
13. Weitere Infos online verfügbar: <http://junge-akademie-wittenberg.de/veranstaltung/nach-der-flucht>, Zugriff: 20.09.2016.

Tobias Thiel ist Studienleiter an der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt e. V. in Wittenberg.

*Dieser Artikel ist erschienen in: Jantschek, Ole; Lorenzen, Hanna (Hrsg.): Generation Europa – Politische Jugendbildung für das Europa von morgen. Jahrbuch 2016. Ev. Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung. Berlin, S. 46-51.
www.politische-jugendbildung-et.de*

